

01.02.2010 / Inland / Seite 4

## Unter Generalverdacht

### Familienministerin will Initiativen, die sich gegen Neonazis und Rassismus engagieren, künftig grundsätzlich vom Verfassungsschutz überprüfen lassen

Markus Bernhardt

Die Ankündigung von Bundesfamilienministerin Kristina Köhler (CDU), zukünftig alle Initiativen, die Anträge auf Bundesmittel im Kampf gegen Rechtsextremismus stellen, generell durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen, sorgt weiter für Kritik der Oppositionsparteien.

In einem sogenannten Berichterstattergespräch zur Vorbereitung der Sitzungen des Bundestagshaushaltsausschusses soll Köhler diese Pläne am Dienstag bekanntgegeben haben. Während Köhlers Sprecher Marc Kinert derartige Pläne am Donnerstag in der taz dementierte und behauptete, daß »mitnichten eine Regelüberprüfung« eingeführt werden solle, bestätigte Steffen Bockhahn, Bundestagsabgeordneter der Linksfraktion und deren Hauptberichterstatter für das Familienministerium im Haushaltsausschuß, am Sonntag gegenüber junge Welt, daß die Aussage der Ministerin »eindeutig« gewesen sei und diese eine Regelüberprüfung ab dem Beginn der neuen Projektphase angekündigt habe. Auch Haushaltspolitiker von Bündnis 90/Die Grünen hatten diese Darstellung in den letzten Tagen bestätigt.

Harsche Kritik an den Vorstößen Köhlers übte indes der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Heinrich Fink. Im Gespräch mit jW warf er die Frage auf, warum »ausgerechnet eine Behörde wie der selbsternannte Verfassungsschutz, der aufgrund seiner V-Leute-Praxis für das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens verantwortlich ist, demokratische Initiativen überprüfen« solle. Er empfinde bereits die Debatte um eine Regelüberprüfung als weitere Stufe der Kriminalisierung von Neonazigegnern, der sich Teile der CDU/CSU-Bundestagsfraktion offenbar besonders verpflichtet fühlten. Für antifaschistische Organisationen sei es unumgänglich, zukünftig verstärkt darauf achtzugeben, wie die Extremismustheoretiker der politischen Mitte Antifaschismus behindern und den Neonazis den Weg freiräumen würden, so der ehemalige Rektor der Berliner Humboldt-Universität weiter.

Gesine Löttsch, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, kündigte am Sonntag gegenüber jW an, alles zu tun, um Regelüberprüfungen von Initiativen gegen rechts zu verhindern. Sie forderte die Ministerin zudem auf, endlich öffentlich zu ihren Plänen Stellung zu nehmen. »Verfassungsfeinde sind die Neonazis und nicht etwa ihre Gegner«, betonte Löttsch.

Bundesfamilienministerin Köhler hatte bereits in der Vergangenheit für Aufsehen gesorgt, weil sie forderte, staatliche Gelder nicht nur für den Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen »Linksextremismus« und »Islamismus« zur Verfügung zu stellen. Erstmals stellt das von ihr geführte Ministerium in diesem Jahr daher Mittel für Projekte zur Bekämpfung einer angeblich vorhandenen »linksextremistischen Gewalt« zur Verfügung.

Erwartungsgemäß löste allein die Ankündigung Köhlers, Nazigegner einer Gesinnungsüberprüfung durch den Verfassungsschutz auszusetzen, in verschiedenen neofaschistischen Internetforen Beifallsbekundungen aus.